

DEUTSCHLAND

Weiter Kritik am Hartz-IV-Bildungspaket

Das von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geplante Bildungspaket für Kinder von Hartz-IV-Empfängern gerät immer stärker unter Beschuss. „Das Paket kann weder der Höhe noch der Intention nach das einlösen, was es verspricht“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Jugendinstitutes (DJI), Thomas Rauschenbach, der Financial Times Deutschland. Unterdessen kam aus der CSU die Warnung an von der Leyen, nicht die Beschlusslage der Koalition zu unterlaufen. Die Festlegung allein auf Gutscheine sei danach nicht möglich. Auch sei im Gesetzentwurf bislang nicht festgeschrieben, dass die Länder selbst über die Umsetzung des Pakets entscheiden können sollen. *afp/kna*

Leipzig schränkt Neonazi-Demos ein

Die Stadt Leipzig hat die für Samstag geplanten vier Aufmärsche von Neonazis zu einer Kundgebung am Hauptbahnhof beschränkt. Für die vier geplanten Demonstrationen hätten nicht genügend Sicherheitskräfte zur Verfügung gestanden, hieß es am Donnerstag seitens der Stadtverwaltung zur Begründung. Zwei der Anmelder aus der rechtsextremen Szene hätten gegen den Beschluss bereits Widerspruch beim Leipziger Verwaltungsgericht eingelegt. *epd*

Rechtsstreit um Ramelows Beobachtung beigelegt

Der Rechtsstreit über die Beobachtung des Linke-Fraktionschefs Bodo Ramelow durch den Thüringer Verfassungsschutz ist mit einem Vergleich beendet worden. Nach Angaben des Innenministeriums wird mit dem Vergleich festgestellt, dass „die Datensammlung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz rechtswidrig war“. Über die Beobachtung durch die Thüringer Behörde enthalte die Einigung jedoch keine Angaben. Ungeachtet des Vergleichs auf Landesebene dürfe die Beobachtung Ramelows durch den Bundesverfassungsschutz bald wieder vor Gericht verhandelt werden. *dapd*



BLOCKADE-TRAINING

Atomkraftgegner haben sich am Donnerstag im Wendland mit einer Übung auf ihre Aktionen gegen den Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben vor-

bereitet. Im niedersächsischen Wustrow trainierten rund 30 Teilnehmer das Verhalten bei einer polizeilichen Räumung. Unterdessen prüft die Staatsanwaltschaft Lüneburg die Ein-

leitung eines Ermittlungsverfahrens wegen der angekündigten Aktion „Castor schottern“, bei der massenhaft Schottersteine aus dem Gleisbett entfernt werden sollen. *P. GUELLEND/DAPD*

Im Netz der Nazis

Ein Hacker-Angriff belegt die organisierte Holocaustleugnung von Rechten im Internet

Von Felix Helbig

Die Verbraucherschutzministerin ist eine umsichtige Frau, man müsse weiter kämpfen, sagt sie, damit sich Rechtsextremisten nicht ausbreiteten im Internet. Doch als Ilse Aigner (CSU) am Montag in Berlin ihr Grußwort spricht zum Beginn der Aktionswoche „Soziale Netzwerke gegen Nazis“, da ahnt sie womöglich nicht, was gleichzeitig ein paar Netz-Adressen weiter geschieht.

Nach Informationen der Frankfurter Rundschau haben die Betreiber der wohl wichtigsten deutschsprachigen Neonazi-Plattform im Internet ihr Forum thiazi.net inzwischen zum Ort für organisierte Holocaustleugnung ausgebaut. Das belegt ein Hacker-Angriff von Aktivisten der Autonomen Antifa Freiburg vom 17. September, der ihnen für 24 Stunden ungehinderten Zugriff auf das passwortgeschützte Forum verschaffte. Danach finden sich

auf thiazi.net anders als bislang angenommen nicht nur dumpfe Propaganda und Berichte von Trauermärschen, sondern auch das „Nationalsozialisten Privatforum“, voll von Beiträgen, die den Holocaust billigen, verharmlosen oder leugnen.

Wie Dokumente aus dem Forum, die der FR vorliegen, belegen, tauschen sich dort auf Hunderten Seiten rechte Nutzer darüber aus, ob sie an den Holocaust „glauben“ und wie er sich öffentlich widerlegen lässt, „ohne sich selbst zu kriminalisieren“. Seit 2006 gibt es gar eine eigene Kategorie, in der sich Nutzer mit Namen wie Ahnenblut, Nordmann oder Joachim Peiper austauschen. Und auch im öffentlichen Teil des Forums gibt es ein mehr als 15 000 Beiträge umfassendes Kapitel mit dem Titel: „Holocaust: Betrug des 20. Jahrhunderts?“

So loggt sich etwa am 27. Juli ein Nutzer mit dem Namen Chauvinist ein und schreibt einen Bei-

trag, der von Konzentrationslagern handelt und von „Seuchen, Überarbeitung, Hunger und sonstigen Krankheiten“. Am Ende schreibt er: „Auf jeden Fall gab es keinen Holocaust, so wie er uns seit Jahrzehnten zwanghaft eingetrichtert wird, um einen Schuldkomplex auszulösen.“ Andere, wie der Nutzer Saxus, schreiben nur kurz: „Für mich ist der Holocaust existent, der Bombenholocaust von Dresden.“

Nutzer identifiziert

Eine Strafverfolgung fürchten die Nazis im Netz kaum, da sie ihre wahren Identitäten hinter den Nutzernamen verbergen. Viele gehen dabei allerdings allzu ungeschickt vor und geben so viel Privates über sich preis, dass sie erkennbar werden. So handelt es sich beim Nutzer Saxus offenbar um einen sächsischen NPD-Kreisrat, der sich so freimütig über seine Hobbys äußert und sich zu

Wahlerfolgen gratulieren lässt, dass er im Forum selbst auf die mögliche Identifizierung hingewiesen wird. Hinter der Moderatorin „Prometheusfunke“ vermuten die Antifa-Aktivisten die Leiterin eines Kindergartens in Rheinland-Pfalz, hinter „Krafft“ den Stationsarzt der psychiatrischen Abteilung einer Klinik in Nordrhein-Westfalen – das Gegenteil vom Klischee des jungen, arbeitslosen, ostdeutschen Neonazis.

Die Tarnung ist dabei Taktik. In ausführlichen Beiträgen widmen sich Nutzer ihren Strategien, bei der Leugnung unerkannt zu bleiben und „noch ungefestigte, wankelmütige Schreiber“ zu überzeugen. Mehr als deutsche Behörden fürchten die Nazis die amerikanische Strafverfolgung. So löschten und entschärften sie immer wieder antiamerikanische Beiträge, aus Angst, der vermutlich in den USA stehende Server könne abgeschaltet werden. Die Holocaustleugnungen blieben stehen.

Google weiß, wo dein Haus wohnt

Frist für Vorab-Einspruch gegen Internetdienst Streetview endet / Datenschützer fordern klare Vorgaben vom Bund

Von Steven Geyer

Auf der Reeperbahn, es könnte Anachts um halb eins sein, steht ein fülliger Mann in Jeansweste vor der „Erotica Boutique Bizarre“, die vor allem „Lack und Leder“ führt. Die Anwohner am Berliner Gendarmenmarkt können ihre Fenster von aller Welt aus im Internet sehen. Und in der Kölner Altstadt lässt sich ein Herr, offenbar am Vormittag, ein großes Bier servieren.

Solche Fotos, zu Rundum-Panoramen aneinanderkopiert, wollen Hunderttausende Deutsche offenbar nicht von sich im Netz sehen. Das zeigte die hitzige Debat-

te um Googles Dienst Streetview, der bis Ende des Jahres Panoramen von 20 deutschen Städte zeigen will. Als Google das ankündigte, verlangte der zuständige Hamburger Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar etliche Änderungen – die er notfalls einklagen wollte. Google lenkte ein. Dazu zählt die Möglichkeit, dass Hausbesitzer und Mieter Einspruch gegen die Abbildung ihres Hauses einlegen können. Wer sich binnen acht Wochen meldet, dessen Haus werde bei Streetview und in den Rohdaten verblendet.

Diese Frist läuft am heutigen Freitag ab. Danach sei Widerspruch erst wieder möglich, wenn

die Fotos online sind, sagte Caspar der FR. Dann könne man die Löschung konkreter Bilder fordern, die bis zu acht Wochen dauere.

Google will die Zahl der Widersprüche erst nennen, wenn es Dopplungen und Spam herausgerechnet hat. Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) schätzt sie auf FR-Anfrage auf „mehrere hunderttausend“. Google habe aber zugesagt, so Caspar, „erst zu starten, wenn alle Widersprüche umgesetzt“ seien. „Das werden wir intensiv kontrollieren.“

Doch das Thema wächst sich aus: So sind die eingangs beschriebenen Szenen längst online – beim Streetview-Konkurrenten

WIDERSPRUCH EINLEGEN

Bis Ende des Jahres will Google seinen Bilderdienst Streetview für 20 deutsche Städte anbieten. Bewohner dieser Städte können nur noch am heutigen Freitag bis 23.59 Uhr die Veröffentlichung von Fotos ihrer Hausfassade untersagen. Das gilt für Besitzer wie für Mieter.

Einspruch legt man am besten mit Googles Online-Tool ein (www.google.de/streetview). Dort kennzeichnet man sein Haus in einem Stadtplan, erhält dann einen Brief mit einem Code zur Online-Eingabe. Widerspruch per Fax an: 040/49219194, per Brief an: Google, ABC-Str. 19, 20354 Hamburg. Infos und Formulare: www.bmelv.de

Sightwalk. Der arbeitet von NRW aus, wo die örtlichen Datenschützer rechtliche Schritte prüfen. Und auch gegen den Dienst Google Earth mit Satellitenfotos haben viele Bürger Bedenken angemeldet. „Wir sind uns einig“, sagte Aigner der Frankfurter Rundschau, „dass wir bei der Nutzung und Verknüpfung von Geodaten rote Linien ziehen müssen, die nicht überschritten werden dürfen.“ Widersprüche gegen Hausansichten sollte die Wirtschaft aber vorerst selbst regeln. Caspar ist skeptisch: „Der Staat darf nicht nur Eckpunkte vorgeben, er muss klare Regeln aufstellen und durchsetzen.“ Seite 10